

# Der Vogtlandbote

[links]

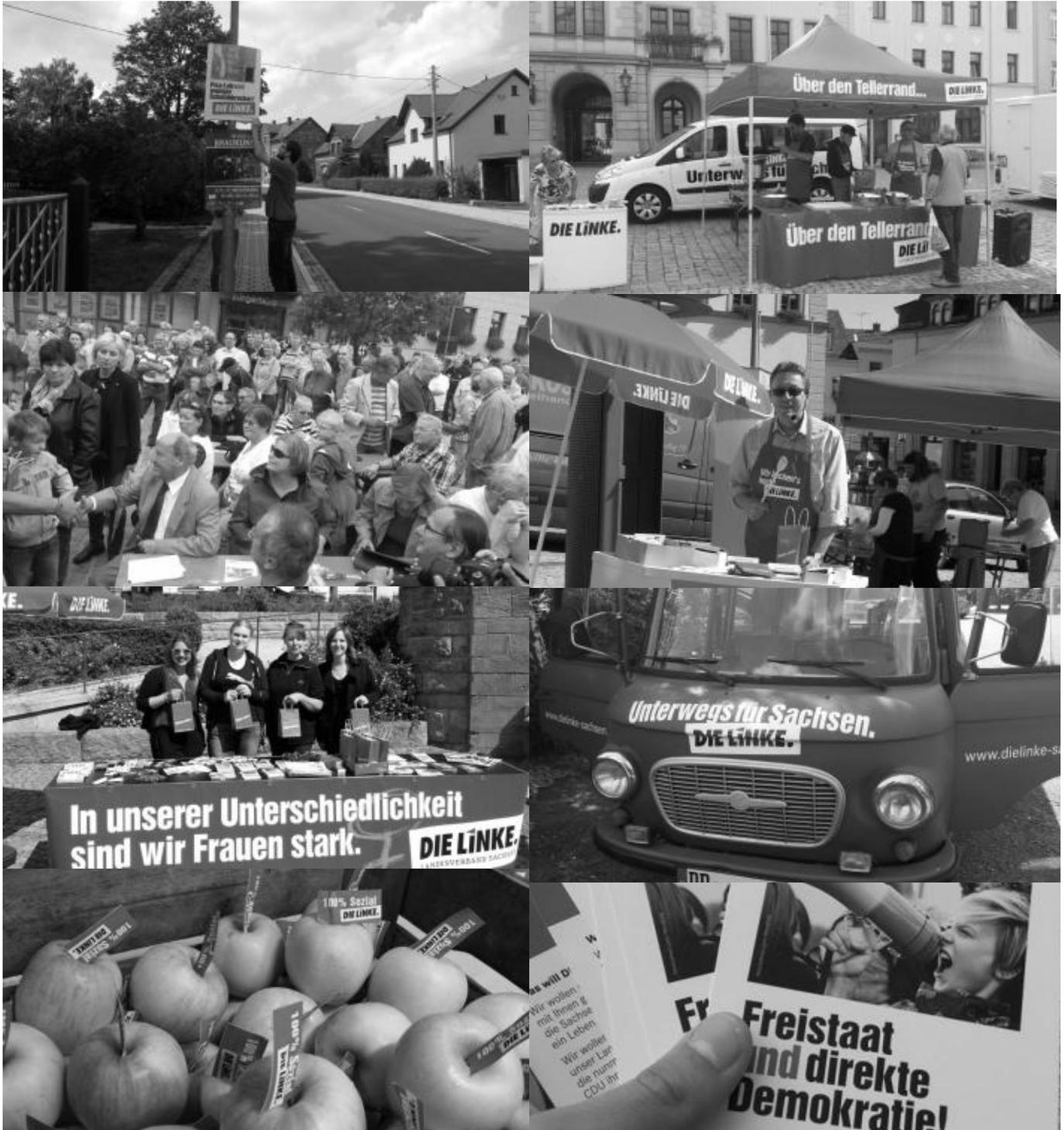
[alternativ]

22. Jahrgang Nr. 09/2014

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €

## DANKE!



<b>aus dem Inhalt:</b>	20 Jahre fürs Vogtland im Landtag.....	S. 2
	Die Panzerstraße bleibt zu!.....	S. 3
	Forum mit Bernd Riexinger .....	S. 5
	Für den Frieden.....	S. 7



## ZWANZIG JAHRE FÜR DIE VOGTLÄNDER IM LANDTAG

Nach 20 Jahren beendet die LINKEN-Landtagsabgeordnete Andrea Roth aus Tannenbergstal ihre Tätigkeit im Sächsischen Landtag. Im Vogtlandboten vom November 1993 stellte die damals 40 jährige Diplompädagogin ihre grundsätzlichen Gedanken für die Landtagswahlen im September 1994 vor. „Mein Oppositionsverständnis läßt mich das sächsische Bildungssystem prinzipiell in Frage stellen. ... Besonders möchte ich mich dafür engagieren, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer zu ermutigen, ökologisch orientierte Schulen als einen alternativen Schultyp und ökologisch-soziale außerschulische Lernorte in Sachsen zu verwirklichen. Außerdem sehe ich als eine wichtige Aufgabe mein Eintreten für die Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen, für ihr Recht, alle sie betreffenden Entscheidungen mitzubestimmen.“

Zur Landtagswahl am 11. September 1994 „beerbte“ sie die erste PDS-Abgeordnete aus dem Vogtland, Anneliese Kubicek. Am 21. November 1994 hielt sie ihre erste öffentliche Bürgersprechstunde in Auerbach. In den folgenden Jahren erarbeitete sie sich ihre

„Spezialgebiete“ Bildung, Ökologie und Bürgerbeteiligung. Mit ihrem Kampf gegen Mülltourismus, der Unterstützung und Organisation von Bürgerinitiativen, ihrem kommunalpolitischen Engagement erwarb sie sich weit über das Vogtland hinaus Achtung und Anerkennung.



Mit ihrem Arbeitsstil, den hohen Anforderungen an sich und ihre Mitstreiter, die oft an die Grenzen der Belastbarkeit gingen, traten aber auch Konflikte auf, kam es zu Zerwürfnissen mit ihren Genossen. Im Oktober 2003 wurde sie als Vorsitzende des

Kreisverbandes Vogtland-Plauen der PDS gewählt, was noch höhere Belastungen mit sich brachte. Ihr Gesundheitszustand litt darunter, so dass sie zwei Jahre später diese Funktion niederlegen musste.

Andrea Roth hat in den vergangenen zwanzig Jahren das Bild der PDS / Linkspartei nicht nur im Vogtland wesentlich geprägt. Ihr hohes Engagement für die Bürger, ihr selbst auferlegtes riesiges Arbeitspensum, ihre ständigen Bemühungen, parteiübergreifend Politik für die Menschen zu gestalten, ihr Einsatz für die Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition verdienen hohe Anerkennung und werden lange in Erinnerung bleiben.

Wir danken Dir, Andrea, und wünschen Dir für Deine Zukunft viele Gesundheit, Kraft und Erfolge bei Deinen neuen Aufgaben!

*Peter Giersich - für das Redaktionskollektiv des Vogtlandboten*

## GREGOR GYSI IN REICHENBACH

Die Ankündigung, dass Gregor Gysi auf dem Reichenbacher Markt sprechen werde, lockte an die 500 Zuhörer - nicht nur aus Reichenbach - am Mittag des 15. August dorthin.

Kaum hatten wir unseren Maxi-Info-stand - zwei Infostände verbunden durch einen Tapeziertisch - gegen 11.30 Uhr aufgebaut, fanden sich gleich Interessierte für Zeitungen, Flyer usw. ein. Viele junge Leute kamen an unseren Stand, aber auch Bekannte begrüßten uns. Der Ansturm hielt an bis 14 Uhr - dem Redebeginn Gregor Gysis - und auch danach hatten wir noch zu tun. Bis auf wenige Zeitungen und Karten haben wir das gesamte Material ausgegeben.

Aus einem Imbisswagen vom Gasthof Waldeck aus Wetzelsgrün konnten sich Hungerige und Durstige mit Speisen und Getränken versorgen lassen. Eine Hüpfburg stand für die Kinder bereit.

Genossen aus Reichenbach, Netzschkau und Treuen, aber auch ein Sympathisant trugen als Ordner und am Info-Stand zum Gelingen der Veranstaltung bei. Ihnen allen sei Dank gesagt für das gezeigte Engagement.

Begrüßt wurden die Versammelten vom stellvertretenden Oberbürgermeister und Stadtrat der LINKEN, Thomas Höllrich. Danach stellten sich die vier Direktkandidaten der LINKEN für die vogtländischen Wahlkreise, Petra Rank, Janina Pfau, Thomas Höllrich und Henry Ruß vor. Begleitet wurde diese Runde vom jungen Musik-Duo "Himmel und Erde" aus Chemnitz.

Höhepunkt der Veranstaltung wurde die Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der LINKEN. In 60 Minuten nahm er die Regierungspolitik im Bund und in Sachsen kritisch auseinander und eroberte mit seinen Ausführungen die Herzen und Hirne der Zuhörer aller Altersklassen. Trotz ein-

setzenden Regens ließen sich die Zuhörer die interessantesten und aufrüttelnden Worte des Redners nicht entgehen. Mit Aufmerksamkeit und Anteilnahme folgten sie Gregors kritischen Ausführungen und sparten nicht mit Beifall und Zustimmung. Gysis Resümee: 24 Jahre CDU-Herrschaft in Sachsen seien auch langweilig geworden.

Seine aufmunternden Worte: Stärken Sie mit Ihrer Stimme die Linke, die einzige Partei, die keine Koalition mit der CDU eingehen wird. Nur mit einer stärkeren Linken sehen sich alle anderen Parteien gezwungen, ihren eigenen Kurs in Richtung mehr Demokratie zu korrigieren.

*Ina Becher / Heidemarie Stepanek - Reichenbach*

## WAHLERGEBNISSE VOGTLANDKREIS/ ZWICKAU

### Direktstimmenanteil in %

	CDU	DIELINKE	SPD	AfD	GRÜNE	NPD	FDP	FREIE WÄHLER	PIRATEN	sonstige
Vogtland 1	33,1	20,9	15,7	11,5	7,2	4,1	4,4	1,9	1,1	x
Vogtland 2	40,3	17,5	14,8	11,2	3,1	4,5	3,9	3,8	0,8	x
Vogtland 3	45,3	19,1	13,4	10,4	3,6	4,5	2,9	x	0,9	x
Vogtland 4	36,5	23,5	12,7	9,6	3,8	3,3	4,7	4,6	1,2	x
Zwickau 1	43,4	18,4	11,6	x	4,7	5,8	5,2	8,3	1,4	1,2
Zwickau 2	44,9	21,8	11,3	x	3,9	6,2	5,1	4,7	1,5	0,7
Zwickau 3	38,0	23,3	13,3	9,5	5,4	3,8	3,2	1,9	1,1	0,6
Zwickau 4	43,5	21,6	10,8	x	5,3	6,0	6,8	6,0	x	x
Zwickau 5	41,9	19,4	11,8	8,8	4,4	3,4	3,5	5,9	1,0	x

### Listenstimmenanteil in %

	CDU	DIE LINKE	SPD	AfD	GRÜNE	NPD	FDP	FREIE WÄHLER	Tiersch.	sonstige
Vogtland 1	36,3	20,3	15,1	11,2	4,9	4,7	3,5	1,0	1,0	1,9
Vogtland 2	41,7	17,0	13,1	11,6	3,1	5,1	3,6	2,1	1,0	1,5
Vogtland 3	45,0	18,4	12,4	10,5	2,8	4,4	3,2	0,8	1,0	1,6
Vogtland 4	41,2	20,8	13,4	9,8	3,3	3,8	3,8	1,3	1,0	1,6
Zwickau 1	46,5	17,3	10,1	9,5	3,0	5,1	3,6	2,4	1,0	1,4
Zwickau 2	43,8	19,6	11,3	8,5	3,4	5,2	3,4	2,1	1,1	1,7
Zwickau 3	40,0	21,9	13,1	9,3	4,2	4,3	3,2	1,1	1,1	1,9
Zwickau 4	42,7	18,9	12,1	8,3	3,5	4,9	4,1	3,1	1,0	1,3
Zwickau 5	43,6	18,6	11,7	8,9	3,9	3,6	3,8	3,3	1,1	1,4

## BÜRGERENTSCHEID IN PLAUEN: „PANZERSTRASSE“ DURCH ´S SYRATAL BLEIBT ZU!

Gleichzeitig mit der Landtagswahl waren die Plauerer zum dritten Bürgerentscheid in Plauens Geschichte aufgerufen. Sie sollten entscheiden: Bleibt die „Panzerstraße“ durch das Landschaftsschutzgebiet geschlossen und darf nur im dringendsten Umleitungsfall geöffnet werden, oder: Soll die Stadt die Planung zur dauerhaften Öffnung für den Kraftverkehr auslösen?

Da die Öffnung selbst nicht in der Entscheidungsgewalt der Stadt liegt, musste diese einigermaßen verworrene rechtssichere Formulierung gefunden werden. Vorausgegangen war 2008 der Stadtratsbeschluss zur Schließung. Schließlich führt die von der Verkehrsbedeutung eher marginale Straße durch das zentrumsnächste, fußläufig erreichbare wertvollste Stück Natur und Erholungsgebiet, das Plauen hat. Seit 2008 wurde immer wieder - von CDU-

Stadträten unterstützt - versucht, den Stadtratsbeschluss zu kippen. Eine Bürgerinitiative „Pro Öffnung“ sammelte für ein Bürgerbegehren rund 3.000 Unterschriften, scheiterte aber an rechtlichen Hürden. Bis schließlich der Oberbürgermeister selbst im Stadtrat die Vorlage zum Bürgerentscheid einbrachte.

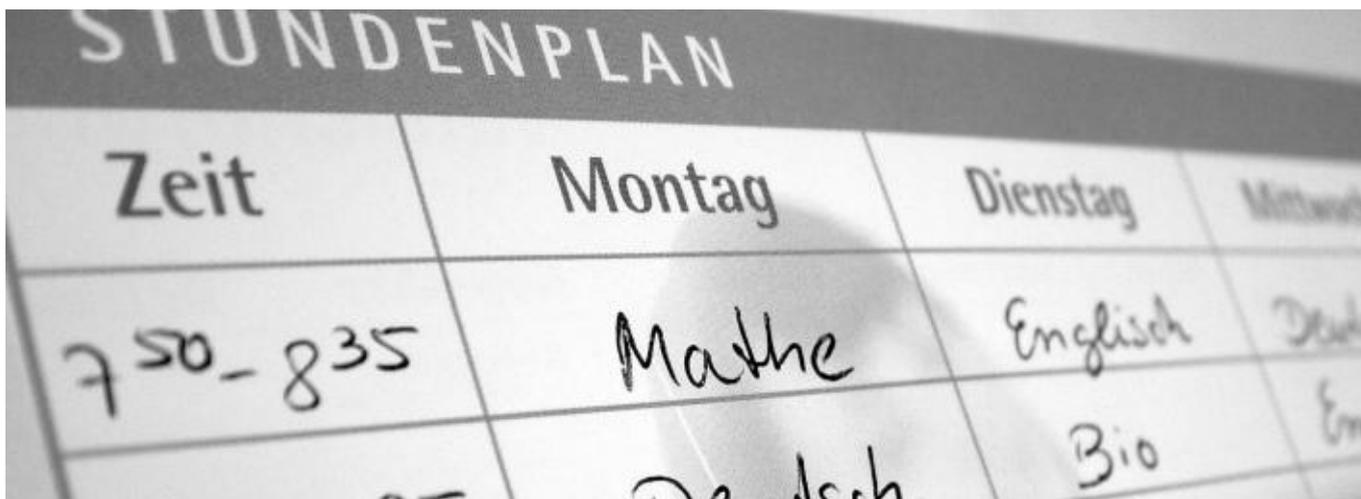
Blitzartig formierte sich eine äußerst engagierte Bürgerinitiative „Pro Syratl“ um Hans Leipold und seinen Naturfreunde-Verein und etliche Anwohner. Sie drängte wie auch die Linksfraktion auf die Info-Veranstaltung, die den Ratssaal füllte, gestaltete und verteilte Tausende Flyer.

Dann der Tag der Entscheidung: die magische 50-Prozentmarke wurde mal hier, mal da überschritten, bis schlussendlich feststand: 53 Prozent der

Wähler haben gegen die Öffnung für den allgemeinen Fahrverkehr gestimmt. Eine knappe, aber sichere Mehrheit. Auf die einfache Formel gebracht: Menschen-, Natur- und Landschaftsschutz haben den Erfolg gegen das Lenkrad erreicht. Und vielleicht gelingt es ja, die wertvollsten Teile des Syratals vom Landschaft- zum Naturschutzgebiet aufzustufen. Die Qualität der Schutzgüter gibt das jetzt schon her. Das Umweltamt des Vogtlandkreises muss nur wirklich wollen.

Danke all denen, die wie unsere Fraktionsvorsitzende Claudia Hänsel für das Syratl gestritten, die unsere Flyer verteilt und die Stimme abgegeben haben.

*Klaus Jäger  
Stadtrat DIE LINKE Plauen*



## BILDUNGSPOLITISCHES BÜRGERFORUM IN LENGENFELD

„Zukunft braucht Bildung! Bildung braucht Zukunft! - Allen Schülern und Jugendlichen Chancen geben, im Vogtland gut zu leben!“. Etwa 40 interessierte Bürger folgten der Einladung des Ortsverbandes Treuen - Lengenfeld der Partei DIE LINKE zu einem Forum am 27. August in das Hotel „Lengenfelder Hof“.

Direktkandidaten für die Landtagswahl, Thomas Höllrich (Die Linke, Wahlkreis 3) und Jörg Menke (SPD, WK 4) sowie die Vorsitzende des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Sabine Seidel, konnten begrüßt werden. Weitere Gesprächspartner waren Henry Ruß (DIE LINKE, Direktkandidat im Wahlkreis 4); Andrea Roth (DIE LINKE, Mitglied des Landtags) und Cornelia Falken (DIE LINKE, Mitglied des Landtages).

Cornelia Falken wies anhand konkreter Zahlen darauf hin, dass Sachsen tatsächlich Spitze ist, allerdings bei der Zahl der Schulabbrecher. 10,4 % aller Schüler verlassen in Sachsen die Schule ohne Abschluss, dazu kommen noch 10,7 %, die nur einen Hauptschulabschluss schaffen. Damit liegt Sachsen weit über dem Bundesdurchschnitt. Für diese jungen Menschen sieht die Lebensperspektive sehr schlecht aus. Oft warten nur Hartz IV oder prekäre Beschäftigung. Sie hob aber auch hervor, dass das Vogtland dabei in Sachsen noch relativ gut dasteht.

Mehrere Teilnehmer plädierten leidenschaftlich für ein längeres gemeinsames Lernen mindestens bis Klasse 8 und verwiesen teilweise auf eigene Erfahrungen während ihrer Schulzeit in

der DDR. Cornelia Falken betonte, dass ganz Europa den Weg längeren gemeinsamen Lernens geht, nur Deutschland nicht, weil das konservative rückwärtsgewandte Familien- und Menschenbild in den Unionsparteien dies verhindert.

Kritisiert wurde die in Deutschland praktizierte bildungspolitische Kleinstaaterei. 16 verschiedene Schulsysteme in den Bundesländern haben ein sehr unterschiedliches Bildungsniveau der Schulabsolventen zur Folge und die wahnwitzige Tatsache, dass manche Bundesländer Schulabschlüsse anderer Bundesländer nicht anerkennen.

Als ein weiteres Problem unseres gegliederten Schulsystems wurde die Tatsache benannt, dass letztlich die finanzielle Situation der Eltern bestimmt, auf welche Schule ein Schüler geht. Es sei auch immer davon auszugehen, dass jeder Schüler als Mensch gleich viel wert ist, hob Thomas Höllrich hervor. Es sei deshalb nicht zu verstehen, warum mehr Geld für Gymnasien als für andere Schulen zur Verfügung steht, warum ein Grundschullehrer weniger für seine Arbeit erhält als der Mittelschullehrer und der wiederum weniger als der Gymnasiallehrer.

Herr Menke forderte, jeden Schüler als Menschen mit besonderen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Möglichkeiten zu sehen, die es individuell zu fördern gelte. Er kritisierte, dass in der staatlichen Schule eben nicht der einzigartige Mensch, sondern die Wissensvermittlung im Zentrum stehe. Im

„Futurum Mylau“ sieht er seine Vorstellung von langem gemeinsamen Lernen, bei dem der Schüler als Mensch im Zentrum stehe, im Ansatz realisiert.

Eine Kita-Leiterin sprach die Situation der frühkindlichen Erziehung in den Kitas an. Sie bedankte sich bei den Verantwortlichen ihrer Kommune für die Unterstützung bei der materiell-technischen Ausstattung und ist auch mit dem Budget zufrieden. Stark kritisierte sie aber die Personalsituation in den Kitas. Allein durch Änderung des Betreuungsschlüssels sei die Situation nicht lösbar. Sie rechnete aus, dass allein durch Urlaub, Krankheit und andere Ausfälle ständig mindestens eine bis zwei Erzieherinnen fehlen und deshalb die Gruppen weit größer sind, als der Schlüssel vorsieht. Sie fragte, welchen Plan DIE LINKE habe, um zu helfen. Darauf erwiderte Frau Falken:

Veränderung der Betreuungsschlüssel für Krippen, Kindergarten und für Hort - und zwar per Gesetz. Dazu kämen: Anrechnung von Vorbereitungszeit für Erzieherinnen, Anrechnung der Zeit für Elterngespräche und Anrechnung von Zeit für Dokumentationen.

Die Anwesenden waren sich einig, dass die dringend notwendige Reform des Schulwesens in Sachsen mit der CDU nicht realisierbar ist. Nach fast drei Stunden verließen die Teilnehmer das Forum in dem Wissen, dass es noch viele Probleme zu lösen gibt.

*Christian Jacob - Lengenfeld*



## THEMA DER LINKEN: „GUTE ARBEIT AUCH IN SACHSEN“

Zur einer Wahlveranstaltung der LINKEN konnte die Kandidatin für den Landtag, Petra Rank, den Parteivorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger, und die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann in der Jugendherberge „Alte Feuerwache“ in Plauen begrüßen und Fragen stellen zum Thema des Abends: „Gute Arbeit auch in Sachsen“.

Bernd Riexinger berichtete aus seinen Erfahrungen als ehemaliger Gewerkschafter bei ver.di, das Lohnniveau sei früher kein Thema gewesen. Im Osten werden aber nun um 25 Prozent niedrigere Löhne gezahlt. Dies führe in die Altersarmut und sei „ein absoluter Skandal“. Der Mindestlohn müsse eigentlich bei zehn Euro liegen. Nach den Verhandlungen der Großen Koalition gibt es aber bis 2017 noch Bereiche mit weniger als 8,50 Euro. Der Vorsitzende akzeptiert nicht, dass Jugendliche unter 18 Jahre sowie Langzeitarbeitslose ausgegrenzt wurden. Er wies darauf hin, dass durch höhere Löhne auch mehr gekauft werden kann und das Geld letztlich wieder zu den Betrieben zurückkehrt. Bei keinem anderen Land sei die Arbeitslosigkeit gestiegen. Riexinger forderte: „Hungerlöhne müssen bekämpft werden in der reichen deutschen Gesellschaft.“

Die arbeitsmarktpolitische Sprech-

erin der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann, nannte Zahlen, wodurch Deutschland zur Konkurrenz wurde: 7,5 Millionen im Niedriglohnssektor, 1,4 Millionen als „Aufstocker“ und 2,6 Millionen mit Zweitjob. Deshalb kamen Beschwerden aus dem Ausland - zum Beispiel aus Belgien. Sie kritisierte Ministerpräsident Stanislaw Tillich, der mit einer „stabilen Wirtschaft“ prahlt mit niedrigen Löhnen. Die Bundestagsabgeordnete kritisierte die im Vogtland erfolgte „Deindustrialisierung“ mit dem Abbau bei der Plauener Gardine, bei der Plamag und bei Neoplan. Große Unternehmen sind nun tot, obwohl zum Beispiel „Enka“ in Elsterberg eigentlich schwarze Zahlen schrieb. Sie beklagte, dass es in neuen Betrieben oft keinen Betriebsrat gibt. Sabine Zimmermann meinte, es gebe keinen Fachkräftemangel. Sonst würden die Unternehmen höhere Löhne zahlen. Durch höhere Löhne gäbe es auch mehr Fachpersonal. Sie forderte eine deutliche Aufwertung der Pflegeberufe. Später kritisierte Riexinger mit Bezug auf die Bezahlung: „Autos werden in Deutschland mehr geschätzt als Kinder.“

Die LINKEN-Kreisvorsitzende Janina Pfau forderte höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, weil mehr Personal in den Pflegeeinrichtungen gebraucht wird. Später ergänzte Ri-

xinger, auch in den Krankenhäusern gebe es zu wenig Arbeitskräfte. Als Grund dafür wies er auf die seit Jahrzehnten zu geringen Steuereinnahmen hin sowie auf den großen Zuwachs der Zahl von Vermögensmillionären andererseits. Er informierte, in Finnland und Schweden seien die Erzieher genauso hoch bewertet wie die Lehrer.

Auffallend viele Jugendliche nahmen an der Veranstaltung teil. Es wurden „oft sinnlose Qualifikationen“ kritisiert statt gezielt auszuwählen. Dazu wies Sabine Zimmermann auf die große Belastung in den Jobcentern hin, wenn eine Person für 250 Arbeitslose zuständig ist. Bei der Diskussion wurde geraten, der Staat sollte Hilfen geben, um den Mindestlohn in schwierigen Fällen zahlen zu können. Ein anderer Diskussionsteilnehmer warnte vor Preiserhöhungen von Leuten, die sich hinter dem Mindestlohn verstecken.

Am Ende der Veranstaltung forderte der Parteivorsitzende Riexinger die Anwesenden auf zu „sagen, warum links gut ist“. Wenn es die Linken nicht gäbe, gäbe es manches nicht. Wichtig sei, sich nicht nur um sich selbst zu kümmern, sondern sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen.

*Gerd Stoppa - Plauen*

**immer einen Besuch wert:**

[www.dielinke-vogtland.de](http://www.dielinke-vogtland.de)

## FEINDBILD NACH „HAUSMACHER-ART“

„Hilfe vom Feind“ schreibt die größte sächsische Zeitung. Von welchem Feind eigentlich, fragt sich da der verdutzte Leser. Worum es geht: Da hatten die - von unsinnigen westlichen Sanktionen selbst arg gebeutelten - Russen einen Hilfskonvoi in Bewegung gesetzt, um der nach erbarmungslosen Bombardierung bitter leidenden Bevölkerung in der Ostukraine zu helfen. Hatten sich die Menschen dort - auch bei Wahlen deutlich dokumentiert - seiner Zeit für Eigenständigkeit entschieden. Den antirussisch - prowestlichen Kurs in Kiew, mit deutlich faschistischen Tendenzen gar, ablehnt.

Also wurden Panzer und Truppen gesandt gegen das eigene Volk - die „abtrünnigen Separatisten“. „Und bist du nicht willig ...“ Und ließ es an Gewalt nicht fehlen. Mit dem Auslösen einer humanen Katastrophe. Stellt sich da doch die Frage: Wer eigentlich nun sind die Terroristen? Täglich steigt die Zahl der getöteten Zivilisten nach Bombardierungen und Zerstörung, versinkt das Land in Trümmer. Und während Kiew mit der USA und Ländern der EU über Waffenlieferungen und das Nato-Manöver ausgerechnet da an der Nahtstelle zu Russland verhandelt, hatte sich ein Konvoi von eben da auf den Weg gemacht in das Konfliktgebiet. 280 LKW`s.

Dorthin, wo die Menschen weder Wasser noch Strom haben. Beladen mit Kindernahrung, Fleischkonserven, Trinkwasser und Medikamente, aber auch Schlafsäcke und Stromgeneratoren. Humanitäre Hilfe - kontrolliert durch Rotes Kreuz und internationale Organisationen. Bewußt umgeleitet über weite Umwege und bürokratisch aufgehalten - nun wieder lange bereits an der Grenze - wird für viele Betroffene die ersehnte Ankunft dann zu spät kommen. Die Hilfe vom „Feind“. Jenen Russe, denen - allen voran Präsident Putin - eine gewisse Frau Timoschenko (Sie erinnern sich: eingesperrt für lange Jahre verurteilt wegen millionenfa-

## MAßSTÄBE DER 19. JAHRHUNDERTS

Na das war ja mal wieder eine Nachricht: Bei BMW hat man sich mit dem Betriebsrat geeinigt, dass den Mitarbeitern ein „Recht auf Unerreichbarkeit“ zustehe. Das ist weder ein Witz, noch wäre es nur tragisch, es ist schlicht ein Ausdruck neoliberaler Denkweisen, die ins 19. Jahrhundert zurück wollten. Moderne Technik machte es möglich: Nicht mehr nur Bereitschaftsdienst und Erreichbarkeit zu Hause, nein, nun konnte man auch zu Hause arbeiten. Aber der Chef musste einen natürlich erreichen, online, mobil-phon, wie auch immer.

Dann kam auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit und ihre schleichende Verlängerung. Von der 35-Stunden-Woche der 1980er Jahre redet heute schon keiner mehr. Und in speziellen Berufen, namentlich in fragilen Absatz- und Exportbereichen muss man eben arbeiten wie der Umsatz „atmet“. Freizeit, Familienplanung, Zeit für die Kinder, Eltern besuchen oder gar pflegen, was ist das, wozu? Das Unternehmen braucht so was nicht. Es braucht den flexiblen, allzeit verfügbaren Arbeitnehmer. (LINKE sollten dabei bleiben abhängig Beschäftigte zu sagen.)

chen Betrug zum Schaden ihres Volkes, vorzeitig entlassen) - persönlich mit einer Kalaschnikow das „Gehirn wegpusten“ wollte. In deutschen Regierungskreisen indes war sie der „Liebling der Saison“, unser blondzopfgekränzter Teutonen-Verschnitt.

Nunmehr hat auch Kiew einen - wenn auch bescheidenen - Hilfskonvoi auf den Weg gebracht. Der Not gehorchend... - möchte man fast vermuten. Dieser aber wird wohl ohne bürokratische Hürden und taktisch bedingt zügig sein Ziel erreichen. Was den russischen indes betrifft: Hat doch das Feindbild den Vorrang vor dem Schicksal unschuldiger Menschen. Solcher mit russischen Wurzeln, Traditionen und Sprache vorwiegend gar. Aber wenn politischer Fanatismus jegliche Vernunft und Menschlichkeit ausschaltet... Halten wir uns da doch besser an Che Guevara, der bereits wußte: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“. (Zuschrift vom 16.08.2014)

Jürgen Böhm - Schöneck

Dem diente die Agenda 2010 mit ihren Arbeitsmarktreformen.

Seither gibt es eine wachsende Horde prekär Beschäftigter wie Leiharbeiter, Pauschalkräfte auf 400-Euro-Basis usw., Arbeitsnomaden. Kernmerkmal ist ihre totale zeitliche Verfügung für Unternehmen. Ja, die Arbeitskraft ist eben bloß ein Produktionsfaktor wie die Maschinen und Anlagen, und in der betriebswirtschaftlichen Rechnung nur ein Kostenfaktor. Und das war schon im 19. Jahrhundert so. Doch konnte der Unternehmer seine totale Direktionsmacht über die Tätigkeit und Zeit seiner abhängig Beschäftigten nur in der Arbeitszeit ausüben. Der Arbeitstag hatte damals 14-16 Stunden!

Das ist auch heute wieder der Fall, nur nicht so sichtbar und so stark reglementiert als Zeitperiode in der Fabrik. Vielmehr wird heute auch über Projektverträge schon ganz auf Arbeitszeitregelungen verzichtet. Dabei sind dann die beschriebenen Arbeitsaufgaben so bestimmt, dass ein regelmäßig normaler Arbeitstag gar nicht möglich ist zu ihrer Erfüllung / Erledigung. Da wird dann mit Besprechungen, persönlichen Zielstellungen gearbeitet, was nichts anderes ist als eine Psychologisierung und Individualisierung, eine Internalisierung der Unternehmens(gewinn / profit)ziele bei den Beschäftigten. Die äußere Fremdausbeutung, die K. Marx noch analysierte, wird so zur Selbstausbeutung der Beschäftigten.

Was also der BMW-Betriebsrat da erstritten hat, ist leider nur etwas schon in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Normalität Gewordenes, das verloren ging und neu erstritten werden musste. Technisch gibt es Fortschritt in der Wirtschaft, geistig kulturell aber sind wir im Rückschritt. Der Einfluss der Wirtschaft reicht in Ideologie und öffentliche Meinung, so dass auch hier derartige „roll backs“ zunehmend auf Akzeptanz stoßen. Das zeigt die Unaufgeregtheit, mit der eine solche Nachricht quittiert wird.

Ralf Becker - Hohenstein-Ernstthal

## FÜR EINE NEUE INTERNATIONALE FRIEDENSPOLITIK

### Erklärung der FIR zum Jahrestag der Weltkriege

Aus Anlass des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges am 1. August 1914 und des 75. Jahrestages der Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September 1939, dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, ruft die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, der Dachverband von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, Partisanen, Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition, Verfolgten des Naziregimes und Antifaschisten heutiger Generationen aus fünfundzwanzig Ländern Europas und Israels Friedenskräfte, politische Gruppen und Regierungen zu gemeinsamen Anstrengungen für eine neue internationale Friedenspolitik auf.

Die Kriege 1914-18 und 1939-45 waren nicht das Resultat von „Schlafwandlern“ oder einer „Koalition totalitärer Regime“, sondern Ausdruck der Durchsetzung imperialistischer Interessen um Macht- und Einflussgebiete in Europa und der Welt. Nach der Befreiung vom Faschismus wurde in den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition auf der Potsdamer Konferenz und mit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 der Versuch unternommen, eine Neuordnung in den

internationalen Beziehungen zu erreichen, den Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen.

Wir erinnern daran, dass vor gut 40 Jahren durch das Handeln der Völker und Staaten im KSZE-Prozess die Hoffnung bestand, dass in Europa die Gefahr eines Krieges beseitigt sei. Seit dem Krieg gegen Jugoslawien und mit dem Bürgerkrieg in der Ukraine erleben wir, dass auch in Europa die Kriegsgefahr noch real ist. Wenn auch anders begründet als 1914 bzw. 1939, geht es immer noch um die Durchsetzung hegemonialer Interessen, um Einflussgebiete und – zunehmend um den Zugriff auf Rohstoffe. Dabei beansprucht das Militärbündnis NATO für

sich einen weltweiten Einsatzraum – vorgeblich zur „Verteidigung westlicher Werte“, wobei Verletzungen von Menschenrechten, selbst Massenmorde nach Rohstoffinteressen bewertet werden. Auch das Selbstbestimmungsrecht von Völkern wird dabei missachtet.

Als „Botschafter des Friedens“ der Vereinten Nationen rufen wir die UNO, die internationalen Organisationen und gesellschaftlichen Kräfte auf, Initiativen für eine neue internationale Friedenspolitik zu entwickeln. Dazu gehören die Anerkennung des Existenzrechtes aller Staaten sowie die Durchsetzung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Auch die Staaten der Europäischen Union und das Europäische Parlament könnten ihren Beitrag dazu leisten, wenn sie einer Militarisierung der Außenpolitik eine Absage erteilen.

In diesem Sinne appellieren wir an Friedenskräfte, Parteien, Gewerkschaften und Kritiker der Globalisierung, sich in Aktionen, Abstimmungen und Erklärungen für eine neue internationale Friedenspolitik einzusetzen. Die FIR ruft ihre Mitgliedsverbände dazu auf, sich mit ihren historischen Erfah-



## KINDERGELD WÄHREND EINES DUALEN STUDIUMS

### Anspruch besteht weiterhin - auch nach integriertem Ausbildungsabschluss

Studenten können aufatmen. Wer ein duales Studium absolviert, kann im Einzelfall bis zum Abschluss des Studiums Anspruch auf Kindergeld haben. Das entschied in einem jüngst veröffentlichten Urteil das Finanzgericht Münster.

„Das Kindergeld ist keine Sozialleistung, sondern viel mehr eine steuerliche Ausgleichszahlung, welche die Grundversorgung des Nachwuchses schützen soll“, erklärt Dr. Andreas Zönnchen, Steuerberater und Präsident des sächsischen Steuerberaterverbands. „Mit diesem sehr zu begrüßenden Urteil wird die Versorgung jetzt auch nach einem ersten Abschluss innerhalb eines dualen Studiums gewährleistet. Allerdings ist die zugrunde liegende Rechtsfrage noch nicht endgültig geklärt. Weil andere Gerichte ... Gegenteiliges entschieden haben, muss sich jetzt der

Bundesfinanzhof mit dem Thema befassen.“ Ein duales Studium dauert in der Regel drei Jahre und beinhaltet regelmäßig einen integrierten Berufsabschluss. Dabei werden die Theoriephasen an der Hochschule von Praxisphasen in einem Unternehmen abgewechselt. „Solche Ausbildungskombinationen sind für das Kindergeld problematisch, da für Kinder ab Vollendung des 18. Lebensjahres bis zum 25. Geburtstag nur unter engen Voraussetzungen der Anspruch weiter besteht. Nach Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums entfällt das Kindergeld grundsätzlich, wenn das Kind einer Erwerbstätigkeit nachgeht.“ erläutert Dr. Zönnchen die Gesetzeslage. „Arbeitet der Student nach dem integrierten Berufsabschluss im Unternehmen mehr als 20 Stunden wöchentlich, steht das Kindergeld auf der Kippe.“

Befindet sich der Jugendliche in einem weiteren Ausbildungsdienstverhältnis, steht dem Kindergeld auch eine wöchentliche Arbeitszeit von über 20 Stunden nicht entgegen. Das Finanzgericht Münster hat jetzt zum dualen Studium entschieden, dass das Kind sich trotz Abschluss seiner Berufsausbildung weiter in einem Ausbildungsdienstverhältnis befinden kann, wenn die Gesamtumstände für einen vorgefertigten Plan sprechen.

„Falls die Familienkasse in so einem speziellen Fall den Antrag auf Kindergeld ablehnt, sollten die Betroffenen Einspruch einlegen und sich auf das Verfahren vor dem Bundesfinanzhof berufen.“ rät Dr. Zönnchen

*Edwin Seifert - Dresden, Medienkontor*

## 14. SEPTEMBER: GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES FA- SCHISMUS

Seit 1945 führt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten alljährlich am zweiten Sonntag im September Gedenkveranstaltungen für die Opfer der grausamen Nazibarbarei durch.

Am Sonntag, dem 14. September 2014 findet um 10.00 Uhr in Plauen auf dem Hauptfriedhof eine stille Kranzniederlegung am Denkmal mit der Aufschrift: „Menschen, ich hatte Euch lieb. Seid wachsam!“ statt.

In Lengenfeld, Walkmühlenweg, führt die VVN-BdA Vogtland an der Gedenkstätte an das ehemalige Außenlager des KZ Flossenbürg am 14. September 2014, um 10.00 Uhr, eine Gedenkundgebung durch.

„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ bleibt unsere Losung - und so wollen wir gegen Krieg, Gewalt und Neofaschismus auftreten und zu Frieden, Toleranz und Demokratie mahnen.

Alle Vogtländerinnen und Vogtländer sind zu den beiden Veranstaltungen herzlich eingeladen.

VVN-BdA Vogtland

## „AUF DEN SPUREN VON MAX HOELZ“

Der Geschichtsverein „Freundeskreis Max Hoelz e.V.“ Falkenstein lädt zu einem alternativen Stadtrundgang durch Falkenstein ein.

Ort und Zeit: Beginn in Falkenstein, Hotel „Zur Sonne“, August-Bebel-Straße 2, am Freitag, 03. Oktober 2014 ab 15.30 Uhr

Interessierte sind herzlich willkommen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Freundeskreis Max Hoelz - Vorstand



## EIN SPIEL MIT DEM FEUER

Im Papyrossa-Verlag ist ein Ukraine-Buch erschienen. Endlich!

Mehr als 2000 Menschen sind laut UNO im Ukraine-Konflikt getötet worden - viele davon gehen auf das Konto der bis dato anhaltenden Angriffe der Streitkräfte und ihrer Milizen gegen Aufständische und Zivilbevölkerung in den östlichen Landesteilen, von der Übergangsregierung in Kiew als "Terroristen" verteufelt, in den Medien hier zu Lande häufig als "pro-russische Separatisten" abgestempelt. Der Konflikt ist noch längst nicht ausgestanden, die Gewalt kann weiterhin eskalieren - die sicherheitspolitischen Folgen zeichnen sich aber schon deutlich ab: Die NATO und die EU werden ihre Osterweiterung bis an die Grenzen Russland voran treiben und ihre militärischen Fähigkeiten weiter ausbauen. Es scheint, als habe der globale Wettlauf um die knapper werdenden Ressourcen nun auch in Europa an Fahrt gewonnen.

Der Kölner Papyrossa-Verlag hat nun ein Buch vorgelegt, in dem von einer Reihe von ExpertInnen (Historiker, Politikwissenschaftler, Juristen, Journalisten und Publizisten) zahlreiche Aspekte des andauernden Ukraine-Konflikts untersucht werden.

## WIR GRATULIEREN

Allen Leserinnen und Lesern, welche im September ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße an jene, welche einen „Runden“ begehnen oder die 80 überschritten haben:

Irene Thurm	Döbeln	04.
l. Möckel	Reichenbach	07.
M. Ottiger	Plauen	09.
Erika Keil	Oelsnitz/V.	13.
Mario Kettler	Reichenbach	13.
Ellen Scherzer	Oelsnitz/V.	13.
A. Tremel	Oelsnitz/V.	15.
Klaus Pfeiffer	Gunzen	17.
Helmut Stölzel	Reichenbach	22.
Margot Beger	Reichenbach	24.
W. Burkhardt	Plauen	28.
Erika Rott	Rützingrün	29.

Wir wünschen allen eine robuste Gesundheit, viel Spaß beim Feiern und noch viele schöne Erlebnisse im Kreis der Freunde und Familie!

## Der Vogtlandbote

## INTERESSANT?!

*"18,1 Milliarden Euro hat 2013 der Konsum von Genussmitteln den Kassen von Bund und Ländern eingebracht."*

Statistisches Bundesamt

### Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. Erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.08.2014, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.09.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 06.10.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.